

Antrag B 90

AN/0044/14

öffentlich



Bündnis 90/Die Grünen, Griesbadgasse 6, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel

Datum 01.07.2014

Telefon (0841) 91 06 12

Telefax (0841) 91 00 23

E-Mail fraktion@gruene-ingolstadt.de
Stadtratsfraktion BÜNDNIS

Antragsteller 90/DIE GRÜNEN

Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Ingolstadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir stellen folgenden

Antrag:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, Leitlinien für die BürgerInnenbeteiligung in Ingolstadt zu erarbeiten. Diese sollen zuletzt auch vom Stadtrat verabschiedet und verbindlich verankert werden.
2. In den Entwicklungsprozess sollen sowohl neben der Verwaltung die VertreterInnen der Fraktionen und Ausschussgemeinschaften des Stadtrates einbezogen werden als auch VertreterInnen der Bürgerschaft und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Begründung:

Kommunale BürgerInnenbeteiligung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Gesucht werden neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, die den verstärkten Beteiligungs- und Gestaltungswünschen der EinwohnerInnen entgegenkommen, die ihre Anregungen und ihr Engagement wertschätzen und die helfen, jene »kommunale Intelligenz« zu entfalten, die für die Zukunftsfähigkeit von Kommunen entscheidend ist. Die Chancen für eine neue Beteiligungskultur sind derzeit günstig. Eine Mehrheit in der Bevölkerung spricht sich dafür aus, BürgerInnenbeteiligung häufiger zu praktizieren. Es herrscht in Kommunalpolitik und -verwaltungen daher Konsens darüber, dass ein »Weiter so« nicht aus-reicht, und darüber, dass Beteiligung kein Selbstläufer ist, sondern Qualität, Verbindlichkeit und Ressourcen erfordert, wenn sie zu einem erfolgreichen demokratischen Instrument werden soll, wenn sich Beteiligungskultur nachhaltig entwickeln soll.

In den letzten Jahren sind daher in vielen Kommunen lokale Beteiligungs-Leitlinien und -Satzungen entwickelt worden. Diese regeln verbindlich, wann und wie EinwohnerInnen in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Nach dem Beispiel anderer Kommunen sind an der Entwicklung solcher Leitlinien sowohl VertreterInnen der Verwaltung als auch der kommunalen Politik sowie der Bürgerschaft und des zivilgesellschaftlichen Engagements beteiligt.

Die gemeinsame Arbeit an der kommunalen Zukunft kann – wenn sie politisch ernsthaft gewollt und in der kommunalen Praxis langfristig verankert wird – dazu beitragen, ein neues Rollenverständnis in den politischen Vertretungen, der Verwaltung und in der Bürgerschaft zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Christian Höbusch

gez.
Petra Kleine
Fraktionsvorsitzende